

Bauernbund Brandenburg

Einladung zum Herbsttreffen am 29. Oktober in Oberhavel

Liebe Berufskollegen,

nachdem die Ernte diesmal nicht das reine Vergnügen war und bis dahin hoffentlich alle Felder gut bestellt sind, möchten wir die besonders arbeitsreiche Zeit wie in den vergangenen Jahren mit unserem Herbsttreffen ausklingen lassen. Am Sonnabend, dem 29. Oktober, wollen wir uns zwei interessante Mitgliedsbetriebe im Landkreis Oberhavel anschauen und danach beim Bauernstammtisch in einem schönen Dorfgasthof aktuelle Themen besprechen.

- 14.00 Uhr: Landwirtschaftsbetrieb Schley, Dorfstraße 37, 16792 Krewelin
140 ha konventionell: Roggen, Lupinen, Grünland, 50 Fleckvieh-Mutterkühe
- 15.30 Uhr: Landwirtschaftsbetrieb Kempf, Alter Anger 15, 16792 Klein Mutz
700 ha konventionell: Weizen, Roggen, Triticale, Raps, Mais, Ackergras, Grünland, 100 Holstein-Milchkühe mit Nachzucht und Bullenmast
- 17.30 Uhr: Bauernstammtisch im Gasthof Michael, Alter Anger 17, 16792 Klein Mutz
Themen unter anderem: EU-Agrarpläne mit Kappung und Koppelung an aktive Landwirte, Abwehr von Greening, Nothilfefonds und Beratungspflicht, außerdem Energiepolitik, Enquete-Kommission und Grundstücksverkehrsgesetz

Bringt gern auch Berufskollegen mit, die wir für den Bauernbund gewinnen wollen. Wenn wir bis Weihnachten noch 20 neue Mitglieder werben, haben wir unsere Mitgliederzahl innerhalb von nur fünf Jahren verdoppelt. Ich freue mich schon auf das Wiedersehen mit Euch in Oberhavel!

Karsten Jennerjahn, Präsident



Bauernbund: Keine Geschenke vom Staat

Interview in der Märkischen Allgemeinen vom 25. August 2011

Wegen der schlechten Ernte sollen Bauern billige Kredite erhalten, ein Notfallfonds wird diskutiert. Mit Reinhard Jung, Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg, sprach Ute Sommer.

MAZ: Das Bundesagrarministerium hat wegen der schlechten Getreideernte Hilfen wie zinsverbilligte Kredite angekündigt. Sind Sie erleichtert?

Jung: Weshalb sollte ich erleichtert sein? Damit werden keine Probleme gelöst, im Gegenteil. Die staatliche Alimentierung sorgt für Wettbewerbsverzerrung. Es ist nicht Aufgabe des Staates, Unternehmen ihre branchentypischen Risiken abzunehmen.

MAZ: Können Sie sich die Ablehnung leisten? Die Getreideernte dürfte doch auch bei den 330 Brandenburger Mitgliedern des Bauernbunds eher mau gewesen sein.

Jung: Sie war eindeutig unterdurchschnittlich. Das Wetter hat uns diesmal richtig einen Strich durch die Rechnung gemacht. Der Regen fehlte, als das Getreide wachsen sollte, und er kam, als wir dreschen wollten. Aber so ist Landwirtschaft. Wir sind ja Bauern geworden, weil wir unter freiem Himmel wirtschaften und nicht immer gleich nach dem Staat rufen. Die Politik soll nicht Geschenke ausreichen, sondern lieber dafür sorgen, dass Gewässer unterhalten werden. Das nützt allen.

MAZ: Worauf spielen Sie an?

Jung: Das Oderbruch ist so ein Beispiel. Einerseits fehlt das Geld für die Gewässerpflege, andererseits legt das Land ein Hilfsprogramm für hochwassergeschädigte Betriebe auf. Ob Dürre- oder Regenhilfe, wir haben die Erfahrung gemacht, dass solche Gelder in Brandenburg immer nur an wenige Betriebe gehen, meist Großbetriebe. Das ist ungerecht und verzerrt den Wettbewerb.

MAZ: Wie bewerten Sie die Pläne der Europäischen Union, einen Notfallfonds für Landwirte einzuführen?

Jung: Das ist in meinen Augen blanker Unsinn und ein unzulässiger Eingriff in den Markt. Wir haben mit den Agrarsubventionen bereits eine Basisabsicherung. Die ist auch gerechtfertigt, denn wir müssen in Europa hohe Umweltauflagen einhalten. Dafür brauchen wir im internationalen Wettbewerb einen gewissen Ausgleich. Aber wir müssen doch nicht auch noch darüber hinaus in Watte gepackt werden. Angesichts der größeren Witterungsextreme in Südeuropa befürchte ich außerdem, dass hier Gelder von Nord nach Süd umverteilt werden sollen.

MAZ: Bei den schwachen märkischen Böden dürften sich doch schon kürzere Trockenperioden negativ bemerkbar machen, sodass auch die Brandenburger von einem solchen europäischen Sicherheitsnetz profitieren könnten.

Jung: Wir haben hier schon seit tausend Jahren schwache Böden und trotzdem immer was geerntet. Ich wehre mich dagegen, Ertragsschwankungen zur Katastrophe zu machen. Mir wird auf diese Weise eine Versicherung aufgedrängt, die ich nicht haben will. Jeder Landwirt hat die Möglichkeit, in guten Jahren für die schlechten Jahre vorzusorgen – das ist die beste Versicherung. Wenn jetzt die EU Geld aus dem Agrarhaushalt in den Notfallfonds einzahlt, fehlt es an anderer Stelle.

MAZ: Was befürchten Sie konkret?

Jung: Soweit ich weiß, soll das Geld aus der zweiten Säule kommen ...

MAZ: ... über die der Ökolandbau und auch die Entwicklung des ländlichen Raumes gefördert werden.

Jung: Kürzungen in diesem Bereich lehnen wir jedenfalls ab. Denn gerade hier hätte die EU die Möglichkeit, ein starkes Agrarumweltprogramm aufzulegen. Bisher wacht mit „Cross Compliance“ ein fürchterliches bürokratisches Monster über die Einhaltung der Umweltauflagen. Das geht einfacher.

MAZ: Wie sollte denn ein solches Agrarumweltprogramm Ihrer Meinung nach aussehen?

Jung: Es sollte den ökologischen Landbau, Eiweißfutterpflanzen, Ackergras und Dauergrünland fördern. Auf dem Acker würden so die Fruchtfolgen aufgelockert. Und Gras ist ohnehin die Kultur mit dem geringsten Aufwand an Kunstdünger und Pflanzenschutz. Ein solches Programm käme auch der Viehhaltung zugute. Und da die Tierproduktion arbeitsintensiv ist, kann das für die ländlichen Regionen Brandenburgs nur von Vorteil sein.



Statt neuer Umweltauflagen will der Bauernbund freiwillige Umweltprogramme z. B. für Grünland

Bauernbund fordert Konzentration der EU-Fördermittel für ländliche Räume auf Agrarumweltprogramme

Pressemitteilung vom 22. Juni 2011

Angesichts der durch die Kürzungspläne des Kommissionspräsidenten Jose Manuel Barroso angestoßenen Diskussion über die so genannte zweite Säule der EU-Agrarpolitik, aus der die Entwicklung der ländlichen Räume gefördert wird, hat sich der Bauernbund Brandenburg für eine differenzierte Sichtweise ausgesprochen. Es sei unbestreitbar, dass die einzelbetriebliche Investitionsförderung zu Wettbewerbsverzerrungen, Mitnahmeeffekten und sogar Fehlinvestitionen geführt habe, sagte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn, Ackerbauer aus Schrepkow in der Prignitz: “Die freiwilligen Agrarumweltprogramme dagegen haben positive Auswirkungen für Umweltschutz und Lebensqualität gerade in den benachteiligten Gebieten.”

Die von Barroso geplante pauschale Kürzung lehnt der Bauernbund daher ab und plädiert statt dessen dafür, die bestehenden Agrarumweltprogramme zu vereinfachen und von einer Kofinanzierung durch die Länder unabhängig zu machen. Jennerjahn: “Wir stellen uns vor, dass jeder Hektar Ökologischer Landbau, Eiweißfutterpflanzen, Ackergras und Dauergrünland mit einem Grün-Bonus belohnt wird, als Zuschlag zu den Direktzahlungen.” Durch die Konzentration auf Agrarumweltprogramme bekäme die zweite Säule eine klare Funktion innerhalb der EU-Agrarpolitik, argumentiert der Bauernbund.

Bauernbund bedauert Rückzug Schönes aus Enquete-Kommission Pressemitteilung vom 6. Juli 2011

Mit Bedauern hat der Bauernbund Brandenburg auf den Rückzug des Agrarwissenschaftlers Jens Schöne aus der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der Nachwendezeit in Brandenburg reagiert. "Durch die ständige Hetze der Landesregierung gegen ausgewiesene Experten, die von der Kommission einvernehmlich beauftragt wurden, wird eine wissenschaftliche Aufarbeitung immer schwieriger", sagte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung. Offensichtlich sei Rot-Rot nicht daran interessiert, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu beleuchten, unter denen 1990 z. B. im großen Stil ehemalige LPG-Mitglieder betrogen wurden und einzelne Leitungskader sich Agrarbetriebe unrechtmäßig aneignen konnten.

Bauernbund kritisiert Haushaltspolitik der Landesregierung: Landwirtschaftliches Versuchswesen muss bleiben Pressemitteilung vom 15. August 2011

Der Bauernbund Brandenburg, Vertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, hat in einem Schreiben an Landwirtschaftsminister Vogelsänger seine Sorge über „ungesunde Entwicklungen im Landeshaushalt“ zum Ausdruck gebracht. Der teilweise Rückzug des Landes aus der Finanzierung der Tierkörperbeseitigung sei ein Beispiel, die nun geplante Ausdünnung des landwirtschaftlichen Versuchswesens mit Schließung des Standortes Güterfelde ein weiteres, kritisierte Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn: „Gekürzt wird leider fast nur in Bereichen, von denen die Landwirtschaft einen praktischen Nutzen hat. Es ist mir nicht bekannt, dass in gleichem Umfang Verwaltung abgebaut würde“. In der Reduzierung überflüssiger Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen liege nach Einschätzung des Bauernbundes jedoch ein wesentlich größeres Einsparpotential.

Jennerjahn appellierte an Vogelsänger, die weitgehenden Einschnitte im landwirtschaftlichen Versuchswesen, die für die nächsten Jahre vorgesehen sind, zurückzunehmen: „Die unabhängigen Sorten- und Düngungsversuche auf den für große Teile Brandenburgs repräsentativen Standorten Güterfelde und Paulinenaue geben uns wichtige Anhaltspunkte für unsere Anbauplanung.“ Versuche der Hersteller hätten nicht denselben Aussagewert. Der Bauernbund wünsche sich, dass der Minister in seinem Haushalt Schwerpunkte setze, die einen konkreten Nutzen für das Agrarland Brandenburg haben.

Bauernbund bezeichnet Vogelsänger-Pläne für Landstraßen als kalte Enteignung der Landbevölkerung Pressemitteilung vom 8. September 2011

Der Bauernbund Brandenburg hat mit Empörung auf die Pläne des Infrastrukturministers Jörg Vogelsänger reagiert, große Teile des Landstraßennetzes den Kommunen zu übertragen und sich damit der Unterhaltungspflicht zu entledigen. "Das läuft auf eine kalte Enteignung der Landbevölkerung hinaus" bewertete Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn, Landwirt aus Schreckow in der Prignitz, die Vorschläge und warnte die Kommunen, sich durch Sanierungszuschüsse bestechen zu lassen: "Durch die Umwidmung müssten Grundstückseigentümer auf dem Land Anliegerbeiträge zahlen, die schlimmstenfalls den Wert ihrer Grundstücke übersteigen, auf jeden Fall aber die zu erzielenden Ertragswerte."

Als absurd weist der Bauernbund die Begründung Vogelsängers zurück, die Landstraßen seien wegen des demografischen Wandels den Kommunen zuzuordnen. "Ganz im Gegenteil - mit dem Bevölkerungsrückgang auf dem Land steigt prozentual der Anteil von naherholungssuchenden

Städtern unter den Nutzern des überörtlichen Straßennetzes“, so Jennerjahn. Würden die Pläne des Infrastrukturministers umgesetzt, so hätte die Landbevölkerung gleich einen vierfachen Nachteil, argumentiert der Bauernbund-Chef: „Wir zahlen Kfz- und Mineralölsteuer, ohne etwas dafür zurückzubekommen, und dann müssen wir noch von der Allgemeinheit benutzte Straßen über die kommunale Grundsteuer und unsere Anliegerbeiträge finanzieren.“ Mit seinem Vorschlag stellte sich Vogelsänger gegen den ländlichen Raum und dessen Bewohner.

Informationen zu Flächenerwerb und Kleinwindkraft Gut besuchte Bauernbund-Veranstaltungen in der Prignitz und im Oderland

Auf zwei Veranstaltungen mit dem Mittelstandsnetzwerk „Kleiner Kreis“ in Düpow (Prignitz) und Friedersdorf (Märkisch Oderland) hat der Bauernbund Brandenburg noch einmal eindringlich auf die zeitlich befristete Möglichkeit hingewiesen, Anträge nach dem 2. Flächenerwerbsänderungsgesetz zu stellen. Bis 29. September können Erben von durch die Bodenreform enteigneten Bauernfamilien von der BVVG landwirtschaftliche Flächen zum vergünstigten Preis von rund 2.000 Euro pro Hektar (Verkehrswert von 2004 abzüglich 35 Prozent) erwerben, erläuterte Rechtsanwalt Christoph von Katte den Teilnehmern. Der Erwerbsanspruch lässt sich bis auf die Angehörigen vierten Grades der Enteigneten übertragen und auch im weiteren Umfeld des enteigneten Besitzes realisieren. Oftmals leben die Anspruchsberechtigten nicht mehr vor Ort und wissen gar nichts von dieser Möglichkeit. Für Landwirte ergibt sich daraus evtl. eine Chance, an zusätzliche Pachtflächen zu kommen, indem sie ihnen bekannte Anspruchsberechtigte informieren und zum Erwerb motivieren. Für den Erwerber ist es eine sichere Sache, jede Bank finanziert Landkauf zu diesen Konditionen. Frist für den Antrag bei der BVVG ist jedoch der 29. September. Ein Vortrag über Kleinwindkraftanlagen der Firma Uniwind rundete die trotz der arbeitsreichen Zeit gut besuchten Vorträge ab.

Grundstücksverkehrsgesetz mit Schwachpunkten Bauernbund wünscht mehr Effizienz und Transparenz in der Umsetzung

Drei Jahre, nachdem der Bauernbund Brandenburg durch Änderung einer Verordnung um Stellungnahmen nach § 19 Grundstücksverkehrsgesetz gebeten werden soll, haben wir gegenüber dem Landwirtschaftsministerium eine Bilanz gezogen und Schwachpunkte kritisiert. Bei der Durchführung des Grundstücksverkehrsgesetzes geht es in der Regel darum, dass der Landkreis den Erwerb von landwirtschaftlichen Grundstücken durch einen Nicht-Landwirt versagen und die Siedlungsgesellschaft das Vorkaufsrecht zugunsten eines aufstockungsbedürftigen Landwirts ausüben kann. „Bei der Zuarbeit der Landkreise ergibt sich ein heterogenes Bild“, heißt es in unserem Schreiben: „Von einigen Landkreisen erhalten wir regelmäßig Anfragen, von anderen eher selten, und von drei Landkreisen haben wir bislang noch überhaupt keine Anfragen erhalten. Einige Landkreise schicken uns nur knappe Informationen, andere Teile des Kaufvertrages. In der Regel möchten die Landkreise von uns Hinweise auf aufstockungsbedürftige Landwirte sowie ggf. eine Einschätzung, welche agrarstrukturellen Gründe in besonderer Weise für welchen Landwirt sprechen. Ein Landkreis allerdings verwahrt sich ausdrücklich dagegen und verlangt von uns lediglich eine Stellungnahme zur Versagung der Genehmigung.“ Mit Blick auf die Umsetzung des Grundstücksverkehrsgesetzes in Brandenburg wirke dies alles nicht sehr überzeugend. Ein weiterer Schwachpunkt sei die fehlende Transparenz bei der Entscheidung, zugunsten welchen Landwirts das Vorkaufsrecht ausgeübt wird. In dem Schreiben schlägt der Bauernbund eine Reihe praktischer Verbesserungen in der Zusammenarbeit zwischen Landkreisen und Berufsvertretungen vor und bietet seine Mitarbeit bei der Erarbeitung eines Kriterienkataloges für diese Entscheidung an: „Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass sich Agrarunternehmen zunehmend im Eigentum außerlandwirtschaftlicher Finanzinvestoren befinden und insofern nicht als Landwirte im Sinne des Grundstücksverkehrsgesetzes angesehen werden sollten.“

Nachruf auf einen Freund der Bauern

Professor Roland Scholz ist tot. Der Mediziner und Biochemiker aus Gauting bei München verstarb am 10. Juni 2011 im Alter von 76 Jahren. Scholz war einer der renommiertesten Kritiker der BSE-Hysterie und Autor des Buches „Phantom BSE-Gefahr“. Er nahm unter anderem an der Pressekonferenz des Deutschen Bauernbundes zum fünften Jahrestag des ersten deutschen „BSE-Falles“ am 24. November 2005 in Berlin teil, wo wir gemeinsam die Abschaffung der BSE-Tests und einen Freispruch für das Rindfleisch von jeglichem Infektionsverdacht forderten.



Scholz Motivation war die des Wissenschaftlers. Nach mehrjähriger klinischer Tätigkeit als Arzt für innere Medizin wirkte er in Forschung und Lehre an der

University of Pennsylvania und von 1969 bis zu seiner Pensionierung 1999 an der Maximilian-Ludwigs-Universität in München. „Der Kern von Wissenschaft ist der Beweis“, betonte er immer wieder. Weil er beweisen konnte, dass es in der Umgebung von Atomkraftwerken in erhöhtem Maße zu Leukämie-Erkrankungen bei Kindern kam, engagierte er sich gegen Atomkraft. Und weil er keinen Beweis für eine Übertragbarkeit von BSE auf dem Nahrungsweg sah, stellte er sich bei der Hysterie 2001 gegen seine gesamte Zunft und fragte: „Warum hat angesichts der vielen BSE-Fälle in Großbritannien in den letzten fünfzehn Jahren niemand den nahe liegenden Versuch unternommen, eine große Herde zu teilen und die eine Hälfte mit dem angeblich gefährlichen Tiermehl zu füttern, die andere Hälfte nicht. Die Ergebnisse könnten längst vorliegen.“

Die Übertragbarkeit von BSE auf dem Nahrungsweg hielt Scholz schlichtweg für „eine Spekulation einzelner Wissenschaftler, die mit ihrem Beschwören einer Apokalypse zuerst die Medien, dann die Bevölkerung in Hysterie versetzten und schließlich Politik und Verwaltung zu maßlos überzogenen Reaktionen zwangen“. Während die etablierten „BSE-Experten“ kategorisch gemeinsame Auftritte mit Scholz ablehnten, die bayerische Staatsregierung ihn mit einem Redeverbot in öffentlichen Gebäuden belegte und die selbsternannten Verbraucherschützer um Renate Künast ihn geflissentlich ignorierten, füllte Scholz in bayerischen Landgasthöfen die Säle – den wirtschaftlich gebeutelten und gedemütigten Bauern gab er Rückhalt in schwieriger Zeit. Mit Veröffentlichungen u. a. in der Süddeutschen Zeitung und wichtigen medizinischen Fachblättern erreichten seine scharfen Analysen und wohl begründeten Thesen schließlich doch eine größere Öffentlichkeit, freilich ohne die politischen Fehlentscheidungen noch zu korrigieren.

Roland Scholz war ein Freund der Bauern. Nicht, weil er sich besonders zur Landwirtschaft hingezogen fühlte – freundschaftliche Verbundenheit ergab sich aus dem angenehmen menschlichen Umgang von selbst. Roland Scholz war ein Freund der Bauern, weil er uns in einer echten Notlage zur Seite stand, für wissenschaftliche Wahrhaftigkeit und gegen offensichtliche Lüge und Ungerechtigkeit zu Felde zog. Das werden wir nicht vergessen.

Reinhard Jung